

**Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann**

**Bericht vor der 22. Landessynode am 29. November 2001**

**\*\*\* Es gilt das gesprochene Wort \*\*\***

Herr Präsident, hohe Synode, meine Damen und Herren,

bei meinem Bericht vor der Landessynode in diesem Herbst will ich auf zwei Themenkomplexe intensiv eingehen und in einem dritten Punkt Einzelnes aus dem Bereich der Landeskirche berichten.

## **1. BILDUNG ALS HERAUSFORDERUNG**

Nach dem 11. September 2001 waren immer wieder Stimmen zu hören, nun habe sich alles verändert, nichts sei mehr wie es war. Das halte ich für zu weit gegriffen. Ich werde auf jene Ereignisse und ihre Folgen im Näheren noch eingehen. Deutlich ist aber und darf darüber nicht vergessen werden: die zentralen Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind geblieben, ja, in mancher Hinsicht eher verschärft und präzisiert worden.

Zu Beginn des Jahres habe ich auf dem Empfang in Loccum einen Beitrag zum Thema Bildung geleistet. Mir ging es um die Frage, ob Bildung in einer Zeit der Orientierungslosigkeit Orientierung leisten kann. So erklärt beispielsweise der Erziehungswissenschaftler Alfred Tremml, es könne nicht mehr darum gehen, Werte zu vermitteln, sondern lediglich um „Grundeinsichten in Funktionsweisen unserer Gesellschaft und das Erlernen und Einüben ihrer Spielregeln.“<sup>1</sup> Dagegen sagt der Pädagoge Hartmut von Hentig: „Die Antwort auf unsere behauptete oder tatsächliche Orientierungslosigkeit ist Bildung.“<sup>2</sup> Letzterer These stimme ich ausdrücklich zu. Und mir liegt daran, dass wir Grundüberzeugungen des christlichen Glaubens in die Bildungs- und Orientierungsdebatte einbringen bzw. Bildungseinrichtungen wie die Schule daran erinnern, dass Religion bzw. christlicher Glaube definitiv ein Element im Bildungsauftrag der Schule ist (§2 Nds SchulG).

Um dieses Thema zu vertiefen, habe ich in diesem Jahr u.a. viele Schulen besucht: Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen sowie Berufsbildende Schulen, außerdem Universitäten und Fachhochschulen im Bereich unserer Landeskirche. Dabei ist mir deutlich geworden, dass die Differenzierung von Erziehung und Bildung heute nur schwer aufrecht zu erhalten ist. Wird unter Erziehung, in Absetzung von Bildung, „die Vermittlung der *Verhaltensweisen* ver-

---

<sup>1</sup> Alfred K. Tremml, Ist Werteerziehung möglich? Loccumer Protokolle 13/96, S. 139ff.; S.154.

<sup>2</sup> Hartmut von Hentig, Bildung, München 1996, S. 15.

standen“<sup>3</sup>, die zu Zwecken des gesellschaftlichen Miteinanders entwickelt werden, so wird Bildung in der Regel als Wissensvermittlung interpretiert. Christliche Bildung allerdings hatte von Beginn an ein umfassenderes Verständnis: „Was zur Debatte stand, war der zu Bildende selbst mit seiner gesamten Existenz.“<sup>4</sup> Dies scheint mir ein entscheidender Vorteil des christlichen Bildungsbegriffes gegenüber anderen zu sein: Der ganze Mensch ist im Blick. Hierbei spielt das christliche Menschenbild eine große Rolle, auf das ich im letzten Bericht ausführlich eingegangen bin. Nicht die Leistung macht den Menschen aus – was allerdings kein Argument für Faulheit ist!

Den ganzen Menschen in den Blick nehmen, das ist an unseren Schulen heute dringend notwendig:

- Wie, beispielsweise, soll denn an einer Hauptschule reine Wissensvermittlung stattfinden, wenn in einer einzigen Klasse 16 Schülerinnen und Schüler aus 14 Nationen unterrichtet werden? Hier müssen elementare Verhaltensweisen, Sprachkompetenz und Gemeinsinn vermittelt werden.
- Wie soll denn reine Wissensvermittlung in einer Oberstufe Handwerkszeug an die Hand geben, um in der sich stetig individualisierenden Gesellschaft Urteilsvermögen zu entwickeln? Bei einer Veranstaltung zum Thema Gentechnologie, die die SPD-Landtagsfraktion für die Oberstufen von Gymnasien in Niedersachsen angeboten hat, wurde das deutlich: Grundorientierungen, Werte und Normen sind notwendig, um zu eigenständiger Urteilsbildung fähig zu werden.
- Wie soll denn durch den Zugang zu Computern an einer Realschule das Lernziel kommunikative Kompetenz erreicht werden, wenn viele Schülerinnen und Schüler Mühe haben, in eine kommunikative Beziehung von Mensch zu Mensch einzutreten?

Bei meinen Schulbesuchen konnte ich viele Lehrkräfte kennen lernen, die sich mit außerordentlichem Engagement darum bemühen, ihre Erziehungs- und Bildungsaufgabe wahrzunehmen. Ihnen gebührt hoher Respekt! Allerdings kann diese Aufgabe nicht einfach und ausschließlich an die Schule delegiert werden. Erziehung und Bildung sind die Aufgabe der Familie, aber auch von Kindergarten, Kirchen (Gemeinde, Akademie, EEB u.a.), mancher anderer Bildungseinrichtungen (Musikschulen, Sportvereinen u.a.) und der Gesellschaft insgesamt.

Mir liegt sehr daran, dass wir unser christliches Bildungsverständnis in Schule und Gesellschaft einbringen. Unsere Kirche tut das auf vielfältige Weise. Herausra-

---

<sup>3</sup> Hans-Hermann Groothoff, Erziehung und Bildung, in: EKL Bd. 1, Sp. 1097ff. Sp. 1097.

<sup>4</sup> Thomas Schlag, Bildungsherausforderung gegen einen gegenwärtigen Protestantismus, in: Universitas, Nr. 662, 8/2001, S. 294 ff.; 796.

gend ist dabei der Religionsunterricht. Deshalb habe ich Anfang des Jahres gemeinsam mit Bischof Homeyer und Kultusministerin Jürgens-Pieper einen Brief an alle Religionslehrkräfte in Niedersachsen geschrieben, in dem wir ihnen für ihr Engagement danken und darum bitten, dass Lehrerinnen und Lehrer, die die Lehrbefähigung im Fach Religion haben, nach Möglichkeit vermehrt Unterricht in diesem Fach erteilen. Ein Problem der jetzigen Situation ist ja, dass genügend Religionslehrkräfte in den meisten Schulformen vorhanden sind, trotzdem aber zu wenig Religionsstunden erteilt werden. Probleme der Unterrichtsversorgung in anderen Fächern werden oft auf Kosten des Faches Religion geregelt. Begleitend hat die Kultusministerin deswegen alle Schulleitungen gebeten, das Fach Religion bei der Unterrichtsversorgung besser zu beachten.

Im Religionsunterricht begegnen Schülerinnen und Schüler – jedenfalls sollte es so sein! – gelebtem Glauben, gelebter Überzeugung, das erscheint mir außerordentlich wichtig. Hier liegt auch der entscheidende Punkt der Auseinandersetzung um Religion als ordentliches Lehrfach in Berlin-Brandenburg. Der genannte Brief wurde weitgehend positiv aufgenommen. Allerdings haben einzelne Lehrkräfte und auch der Aktionsausschuss niedersächsischer Religionslehrerinnen und Religionslehrer (ANR) erklärt, eine Verbesserung der Erteilung von Religionsunterricht sei nur durch eine insgesamt verbesserte Unterrichtsversorgung zu erreichen, ein Appell an die Lehrkräfte reiche nicht aus. Dies scheint mir ein gewichtiges Argument. Eine bessere Unterrichtsversorgung wird in Zukunft auch davon abhängen, dass genügend Nachwuchskräfte für den Religionsunterricht gewonnen werden. Erst im vergangenen Monat haben Bischof Homeyer und ich eine Kampagne zur Gewinnung von Religionslehrerinnen und -lehrern für Berufsbildende Schulen miteröffnen können, die Religionslehrkräfte an diesen Schulen selbst angeregt hatten. („Religion unterrichten“ wird den Abiturienten der niedersächsischen Schulen als Anregung fürs Studium empfohlen.)

Außerordentlich erfreulich war in diesem Jahr das Ergebnis der Studie von Prof. Dr. Andreas Feige in Verbindung mit dem Dozentenkollegium des RPI Loccum, die nachweist, mit welchem hohem Engagement gerade Religionslehrkräfte ihr Fach unterrichten. Ich war besonders dankbar auch für das Ergebnis, dass ihre Verbindung zur Kirche wesentlich enger ist, als dies meist angenommen wird. Daraus ergibt sich allerdings auch die Frage, was unsere Kirche und ihre Gemeinden tun, um den Kontakt mit den Religionslehrkräften zu pflegen.

In Zukunft wird es darum gehen, den Religionsunterricht zu stärken, auch im Bewusstsein von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrkräften und den Kirchengemeinden. Wenn unsere Gesellschaft nach Orientierung sucht und junge Menschen mit Orientierung braucht, so ist der Religionsunterricht im Fächerkanon der Schule

unersetzbar. Gleichzeitig ist deutlich, dass der Religionsunterricht nicht nur ethische Konsequenzen des christlichen Glaubens vermitteln soll, sondern Grundlagen dieses Glaubens selbst herausarbeiten und verständlich machen muss. Viel zu oft haben Kinder und Jugendliche im Elternhaus eine Grundbildung in Glaubensfragen nicht erhalten. Das heißt: Religionsunterricht muss oft erst die Voraussetzungen für ethisches Urteilsvermögen schaffen, das im christlichen Glauben wurzelt. In dieser Hinsicht positiv sind auch die Erfahrungen mit dem konfessionell-kooperativen Religionsunterricht in Niedersachsen.

Religionsunterricht kann, beispielsweise bei der jetzt vom Kultusministerium angeregten Ausbildung von Schulprofilen, einen prägenden Akzent setzen. (Ein sehr schönes Beispiel zeigt der Abschlussbericht des Projektes „Macht die Schule wert(e)voll; unsere Jugend ist es wert!“ aus Hildesheim. Für dieses Projekt hatte ich die Patenschaft übernommen, und es zeigt im Abschlussbericht, wie Schulen über eine Auseinandersetzung mit Religion und Ethik ihr eigenes Profil ausbilden können. Ich halte es für hilfreich, wenn sich viele gerade auch aus christlicher Perspektive engagiert an der Entwicklung von Schulprofilen beteiligen.) Das gilt gleichermaßen für die Schulprogrammentwicklung. Durch die kürzlich eingerichtete landeskirchliche Stelle eines Schulpastors will unsere Kirche hier aktiv mitwirken.

Erfreulich ist auch, dass 85% aller Bundesbürgerinnen und Bundesbürger, nach einer aktuellen Umfrage von *emnid* im Auftrag der EKD, erklären, die Schule solle nicht nur Fachwissen, sondern auch Grundwerte vermitteln und den „Sinn des Lebens“ ansprechen. 56% halten den Religionsunterricht für notwendig, 67% sind überzeugt, dass Religion „gleichberechtigt“ neben anderen Fächern auf dem Stundenplan stehen sollte. Religionsunterricht hat also eine breite gesellschaftliche Akzeptanz!

Auch die Frage nach einem islamischen Religionsunterricht muss uns beschäftigen. Immerhin besuchen fast 1 Million Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens deutsche Schulen! Ich halte einen solchen Unterricht für dringend geboten, Koran-Schulen dürfen nicht die einzige Möglichkeit darstellen, in der eigenen Religion unterrichtet zu werden. Auch Muslime haben ein Recht darauf, während ihres schulischen Werdegangs in der eigenen Religion unterrichtet zu werden. Ein solcher Religionsunterricht müsste, wie eine Stellungnahme der EKD vom 16.02.1999 betont, als ordentliches Lehrfach, allerdings in deutscher Sprache, mit ausgebildeten pädagogischen Fachkräften und nach einem klaren Kurrikulum stattfinden. Bisher scheitern alle Bemühungen vor allem daran, dass es keine autorisierte Vertretung der Muslime als Religionsgemeinschaft gibt. Artikel 7.3 unserer Verfassung geht von der Grundannahme aus, dass nicht der Staat die Inhalte des Religionsunterrichtes bestimmen soll. Dies bleibt besonders nach den Erfahrungen aus der

Zeit des Nationalsozialismus und der DDR ein wichtiges Grundrecht. Gleichzeitig halte ich es in der jetzigen Phase für bedenkenswert, ob nicht die Verantwortung für die Inhalte islamischen Religionsunterrichtes so lange in staatliche Hand gegeben werden könnten, bis auf islamischer Seite eine Klärung erfolgt ist. In Nordrhein-Westfalen wird dies im Sinne einer weiter entwickelten Islamkunde bereits praktiziert. Ob dies die richtige Vorform für einen islamischen Religionsunterricht ist, wäre zu prüfen. Ich halte jedenfalls einen ähnlichen Vorstoß auch in Niedersachsen für sinnvoll. Bei einem Gespräch mit Vertretern der Schulaufsicht in der Bezirksregierung Osnabrück wurde darüber hinaus deutlich, wie schwierig es wäre, die notwendigen qualifizierten Lehrkräfte zu finden. Hier sind schnell Lösungen gefragt.

Zudem liegt mir daran, dass Religionsunterricht nicht alternativlos bleibt. Wer den christlichen Religionsunterricht nicht besucht, weil er keiner Religionsgemeinschaft angehört oder sich vom Religionsunterricht abgemeldet hat, ist verpflichtet, am Unterricht „Werte und Normen“ teilzunehmen. Dies sollte, solange kein islamischer Religionsunterricht angeboten wird, auch für Muslime gelten. Das Niedersächsische Schulgesetz müsste allerdings entsprechend verändert werden. Ich plädiere entschieden dafür. Auch auf diese Weise können wir für eine werteorientierte Demokratie und eine streitbare Toleranz in unserem Land eintreten.

Vielerorts wurde der Wunsch geäußert, Schule und Gemeinde stärker zu verknüpfen. Nun ist deutlich, dass Schule der staatliche Bereich ist, die Kirche ein eigener. In der Vergangenheit wurde großer Wert auf die notwendige Distanz gelegt. Sie darf aber nicht zur Entfremdung werden. Bei meinen Gesprächen und Besuchen hatte ich den Eindruck, dass von der Schule her durchaus nach der Kirche gefragt wird, vielerorts wurde explizit eine stärkere Unterstützung von kirchlicher Seite gewünscht. In einer Berufsbildenden Schule habe ich einen Gottesdienst durch unseren Schulpastor erlebt, der gezeigt hat, wie auch Spiritualität in der Schule ihren Ort und ihren Raum finden kann. Wir dürfen die staatlichen Schulen nicht allein lassen mit den Herausforderungen, vor denen sie stehen.

Sollte es demnächst wesentlich mehr Ganztagschulen geben, stellt sich an die Kirche verstärkt die Frage, wie sie als außerschulische Partnerin mit den Schulen kooperieren kann. Wenn kulturelle Begegnung, Zusammenleben unterschiedlicher sozialer Gruppen, Integration von Behinderten und Nichtbehinderten gefordert wird: An der Schule findet das täglich statt. Deshalb müssen unsere Schulen klare Unterstützung erhalten von politischer, gesellschaftlicher und ausdrücklich auch von kirchlicher Seite, sowohl in ideeller wie in finanzieller Hinsicht.

Immer wieder gibt es Überlegungen und wird angeregt, evangelische Schulen zu gründen. Ich denke, dies sollte tatsächlich im Einzelfall möglich sein. Bisher hat

unsere Landeskirche zwei Schulen, das Andreanum in Hildesheim und die Internatsschule in Dassel. Sie zeigen sozusagen exemplarisch, wie evangelische Schule aussehen kann. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass wir dies an der einen oder anderen Stelle erneut wagen. Gleichzeitig hielte ich es für falsch, ein eigenes Schulsystem aufzubauen, das neben dem staatlichen existiert. Abgesehen von den finanziellen Fragen: es entspräche nicht unserer Tradition. Die evangelischen Kirchen haben stets ihre besondere Mitverantwortung für das staatliche Schulwesen ernst genommen. Sowohl die rechtlichen Regelungen im Niedersächsischen Schulgesetz wie das insgesamt positive Verhältnis zwischen staatlicher Schulverwaltung und Kirche geben unserer Kirche gegenwärtig vielfältige Möglichkeiten zu verantwortlicher Mitwirkung. Nutzen wir sie!

Nochmals: Deutlich ist, dass unsere Erziehungs- und Bildungsaufgabe sich nicht nur auf die Schule bezieht. Eltern brauchen Erziehungsbeistand und müssen vor allen Dingen auch darauf hingewiesen werden, dass Erziehung eine Leistung ist, die von ihnen zu erwarten ist. Große Sorge macht vielen, dass in den ersten drei Lebensjahren Entscheidendes für die Verhaltensprägung sowie die geistige Entwicklung geleistet wird. Gerade für diese Altersgruppe aber gibt es wenig Krippenplätze oder Hortplätze - und wenn, dann hauptsächlich für Berufstätige. Müssten wir als Kirche hier nicht exemplarische Angebote machen?

Zum anderen können unsere Kindergärten Entscheidendes leisten. Mir ist wichtig, dass hier einerseits religiöse Erziehung, andererseits kommunikative Erziehung stattfindet. Kommunikation wird ja wie gesagt nicht durch den Zugang zu elektronischen Medien gelernt, sondern durch lebendige Begegnung. „Protestantisch geprägte Pädagogik zielte...niemals nur auf das Individuum ab, sondern immer auch auf den Gemeinschafts- und Geschichtsbezug jeder individuellen Existenz, gleichsam als Selbst-Bildung um des anderen Willen.“<sup>5</sup> 561 Kindergärten haben wir in unserer Landeskirche in evangelischer Trägerschaft. Auch hier ist ein Kontakt von Kindergarten und Gemeinde von entscheidender Bedeutung und eine Wertschätzung und Ermutigung der pädagogischen Arbeit, die geleistet wird. Die Erziehung im Kindergarten hat auch mit Blick auf die Sprachkompetenz große Bedeutung. Wir sollten energisch dafür eintreten, dass Kinder mit ausreichenden Sprachkenntnissen in die Schule kommen.

Bildung ist tatsächlich ein „Mega-Thema“<sup>6</sup>, das ist mir im vergangenen Jahr deutlich geworden. Und auch dies: „Eine zur ‚Ich-AG‘ mutierte Gesellschaft...verlangt von ihren Bildungsinstitutionen einen unmöglichen Spagat: Nämlich das, was an sozialer, zivilgesellschaftlicher Substanz verlorengegangen ist und weiter verloren geht,

---

<sup>5</sup> Schlag, aaO. S. 797f.

<sup>6</sup> Detlef Josczoek, Bildung-kein Mega-Thema, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 36/2001, S. 33 ff.

kurzfristig auszugleichen, zugleich dem wachsenden Druck globalisierter ökonomischer Anpassungsprozesse Paroli zu bieten.“<sup>7</sup> Unsere Kirche tut gut daran, sich dieses Themas anzunehmen, wie beispielsweise jüngst mit Kongressen und auch den 10 Thesen unter dem Titel „Tempi-Bildung im Zeitalter der Beschleunigung“, die bei der EKD zu beziehen sind. Dabei wird es auch darum gehen, einer Ökonomisierung von Bildung Einhalt zu gebieten.

## **2. TERROR, KRIEG UND DIE FRAGE NACH DER ALLMACHT GOTTES**

Die grausamen Angriffe auf New York und Washington sowie der Flugzeugabsturz in Pittsburgh haben uns alle schockiert. Der Angriff auf ein Land mitten im Frieden, der Tod tausender ziviler Opfer aus dem Nichts, hat viele erschüttert. Noch am Abend des 11. September und auch am 12. September haben spontan vielerorts Andachten stattgefunden. An den Sonntagen darauf wurde im Gottesdienst Fürbitte gehalten, an vielen Orten gibt es seitdem wieder regelmäßige Friedensgebete. Auch auf mein Fax vom 11.9. haben viele reagiert – das zeigt: wir haben gute und schnelle Kommunikationsstrukturen. Ich würde sie gern noch ausbauen.

Zuallererst möchte ich heute noch einmal den Gemeinden danken für die Spontaneität, mit der sie die Kirchentüren geöffnet und Küster-, Orgel- und Predigt-dienst geleistet haben. In diesen Tagen ist vielen neu deutlich geworden, dass Kirchenräume Orte sind, die uns aufnehmen in Zeiten von Trauer und Angst, durchbete-te Räume, die Leid und Tod kennen. Orte, an denen inmitten von Sprachlosigkeit Worte gefunden werden, jahrtausende alte Worte von Klage und Trost, keine leeren Worthülsen, sondern Gottes Wort.

Zwei Fragenkreise will ich in diesem Zusammenhang besonders aufgreifen: die Rede von der Allmacht Gottes und die Frage nach dem Ursprung des Bösen so-wie die Frage von Krieg und Frieden.

### **2.1 Zur Allmacht und Ohnmacht Gottes**

Wie kann Gott das zulassen? Diese Frage wurde mit Blick auf den 11. September immer wieder gestellt, Bischof Hirschler hat sie in einem Beitrag für *Zeitzeichen* reflektiert.<sup>8</sup> Wo war Gott? Ist Gott denn nicht allmächtig? Nein, diese Frage ist gewiss nicht neu! Mit dem Erdbeben von Lissabon 1755 beispielsweise wurde auf für die

---

<sup>7</sup> Richard Sennett, *Der flexible Mensch*, Berlin 1998, S. 12.

<sup>8</sup> Vgl. Horst Hirschler, *Wo war Gott am 11. September?*, in: *ZZU* 11/01 S.14ff.

Neuzeit entscheidende Weise die Frage nach Gottes Allmacht und dem Leiden der Menschen gestellt. Und seitdem immer wieder: Auschwitz, Gulag, Vietnam, Hunger und Krieg – wie kann Gott das zulassen?

Mir liegt daran, von der Bibel her zu argumentieren. Denn die philosophische Frage ist in einer Aporie gefangen und lässt sich mit Logik nicht lösen. Die Bibel aber weiß, dass die Welt aus Gottes Hand und in Gottes Hand ist. Sie versteht erfahrenes Leid und widerfahrenes Böses nicht automatisch als Strafe Gottes, sondern ringt um die Antwort. Das wird deutlich in der Auseinandersetzung um den sogenannten „Tun-Ergehens-Zusammenhang“, der Leid und Böses als Strafe Gottes für menschliche Sünde begreift. Menschen versuchten, sich so das Geschehen in dieser Welt zu erklären, deuteten ihre Erfahrungen mit Gott. Dieser Zusammenhang wird aber bereits bei Hiob und insbesondere beim Propheten Jona in Frage gestellt. So zeigt die Hiob-Erzählung die Grenzen dieses Erklärungsmusters deutlich auf: Hiob, der Gerechte, muss leiden und die traditionellen Antworten Hiobs tragen nicht, angesichts der Tatsache, dass Hiob nicht gesündigt hat und sich von daher sein Unglück nicht erklären kann. Er versucht, sich in Gott hineinzudenken, auch wenn es allen bisherigen Interpretationsversuchen widerspricht. Die Antwort Gottes an Hiob ist der Verweis auf die eigene Schöpfermacht, ohne dass dabei das Leiden erklärt wird. Die Botschaft an Hiob ist, dass auch das Leiden in den Glauben an Gott hineingenommen werden kann.

Im Jona-Buch kommt es dann zu einer Abkehr vom Tun-Ergehens-Zusammenhang: Ninive wird nicht zerstört, obwohl die Stadt es aufgrund ihrer Boshaftigkeit verdient hätte. Vielmehr erhält Ninive eine Chance zur Umkehr durch das Auftreten Jonas. Gottes Zorn über Ninive wird von seiner Reue (niham) überwunden. Gott straft nicht, sondern erweist sich als barmherzig, gütig. So zeigt sich bereits im Alten Testament, dass die philosophische Rede von der Unveränderlichkeit Gottes biblisch nicht zu halten ist: Gott hat eine Geschichte, eine Beziehung mit den Menschen, denen er sich immer wieder neu zuwendet, die er nicht loslässt. Immer wieder wird dabei die Barmherzigkeit und Geduld Gottes mit den Menschen sichtbar. Das Motiv der Strafe tritt im Gesamtzeugnis des Alten Testamentes in den Hintergrund.

Und Jesus Christus weist eine Deutung von Leid und Bösem als Strafe deutlich zurück (z.B. Lk 13,1-5). In ihm offenbart sich Gott ein für alle Mal als ein liebender Gott, der die menschliche Sünde als Getrenntsein von Gott überwinden will, indem er selbst in Jesus Christus bedingungslos Menschen neue Gemeinschaft eröffnet. Er tut dies allein mit der Macht der Liebe unter Verzicht auf alle menschliche Macht und Gewalt. Gott hält in Jesus Christus, aber auch in der Person des Vaters, die Liebe als den einzigen Weg bis ans Kreuz und in den Tod durch und ist damit ein in Liebe auch ohnmächtiger Gott.



Die Geschichte Gottes in Jesus Christus fordert uns dazu heraus, die Allmacht und die Ohnmacht Gottes zusammen zu denken. Verstehen wir den Tod Christi als von Gott gewollt und heilsnotwendig (Anselm von Canterbury)? Gott muß doch seinen Sohn nicht opfern, um den eigenen Zorn auf die Menschheit zu „stillen“! Das ist eine spannende Debatte. Kreuz und der Tod Christi bringen die Spannung von Allmacht und Ohnmacht in unser Verständnis von Gott. Gott der Vater, den Jesus „Abba“ genannt hat, leidet am Kreuz mit Gott dem Sohn um der Liebe willen. Bonhoeffer schreibt: „Gott läßt sich aus der Welt hinaus drängen ans Kreuz, Gott ist ohnmächtig und schwach in der Welt und nur so ist er bei uns und hilft uns.“<sup>9</sup> Gott ist bei den Leidenden, bei denen also auch, die als Passagiere in jenen Flugzeugen saßen, bei den Menschen, die in Panik von den Hochhäusern gesprungen sind, bei den Kindern, die in Afghanistan Bombenopfer werden, bei den Soldaten, die verwundet und getötet werden - das macht das Kreuz ganz deutlich. Und die Auferstehung sagt: Gott will das Leiden in dieser Welt überwinden mit der Macht der Liebe allein. Die Liebe ist stärker als der Tod! Von dieser Verheißung auf Gottes neue Welt leben wir. Damit stehen wir in dieser Schöpfung nach Kreuz und Auferstehung in der paulinischen Spannung von „schon jetzt“ und „noch nicht“.

Diesem so offenbar gewordenen Gott dürfen wir vertrauen, an ihn glauben und uns ihm in aller Anfechtung und allem Zweifel anvertrauen. Dies hat Jesus Christus verkündigt, dafür hat er gelebt und ist er gestorben und darin ist er in der Auferstehung ins Recht gesetzt worden. An diesen Gott halten wir uns. Unser Glaube ermöglicht uns, die Spannung mit Blick auf Gottes Allmacht und die Frage nach dem Leiden auszuhalten. In Bezug auf die Terroranschläge vom 11. September heißt dies für mich: Gott läßt das Leiden geschehen, aber keinesfalls befördert Gott es aktiv. Gott selbst ist bei den Leidenden und will das Leiden überwinden. Gott hat sich für den Weg der Liebe und Versöhnung in dieser Welt entschieden, er will Leben bewahren und nicht vernichten. Da handelt Gott, und *nur da* handeln Menschen im Namen Gottes.

Nein, Gott wollte diese Zerstörung nicht, sondern Menschen haben das Böse gewählt. Der 11. September gibt Anlass, neu über das Böse nachzudenken. In meiner Ansprache vom 12. September habe ich das Ereignis vom Bösen her benannt, was manche irritiert hat. Aber es gibt doch definitiv das Böse! Nur: Warum gibt der Mensch ihm in seinem Leben Raum? Wieso verweigert er sich der Gemeinschaft mit Gott? Warum kommt es folglich zum Bösen in der Welt? Das Böse ist nicht gewollt und nicht gesollt, mit Barth gesprochen: das Böse ist die „unmögliche Möglichkeit“, es bekommt durch den Menschen erst Raum und Macht in der Welt. Biblisch kommt das Böse daher, dass die Menschen mit ihren Begrenzungen, gerade der Begren-

---

<sup>9</sup> Dietrich Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung, Brief vom 16.7.44.

zung, nicht zu sein wie Gott, doch selbst Schöpfer sein wollen. So hat das Böse seinen Ort in der Verantwortung des Menschen. Hier ist es angemessen, von Sünde zu sprechen. Sie wurzelt in der Ablehnung Gottes, im Getrenntsein von Gott und gibt dem Bösen in der Welt Raum.

Der Mensch ist bleibend bestimmt und berufen zu Gottes Ebenbild. Die Geschichte vom Sündenfall will erzählen, dass Menschen ihre von Gott gegebene Freiheit missbrauchen, die Gemeinschaft mit Gott gemäß den Geboten nicht ertragen. Es gibt viele Möglichkeiten zur Entfaltung von Leben, und es gibt die Begrenzungen von Leben: Krankheit, Leiden und Tod. Es gibt die Erfahrungen von Gottes Macht und die Erfahrungen von Gottes Ohnmacht – wir erfahren Gott dann als abwesend, verborgen. Aber der Gott, den wir durch Jesus Christus kennen, ist gerade im Leiden, im Tod bei uns. Dies ist die Bedeutung des Kreuzes für uns. In der Erfahrung des „deus absconditus“ – des verborgenen Gottes - können wir uns nur zum „deus revelatus“ – dem Gott, der sich offenbart hat - „flüchten“ und darauf vertrauen, dass Gott alles Leiden und allen Tod überwinden will hier und jetzt und für immer und ewig. Dies ist die Bedeutung der Auferstehung für uns. Davon relevant in einer vom Leiden irritierten und deshalb Leiden und Tod verdrängenden Zeit zu reden ist eine enorme Herausforderung für uns heute.

Luther hat an der Rede vom Verborgensein Gottes immer festgehalten, um diese Erfahrung des Fremdwerdens Gottes zur Sprache zu bringen und um an dem Glauben festzuhalten, dass alles in Gottes Hand ist. Aber Luther warnt gerade davor, den „deus absconditus“ ergründen und deuten und sich so Gottes bemächtigen zu wollen. Wo wir vom Willen Gottes sprechen, sollen wir uns an den Willen des Vaters halten, so wie ihn uns Jesus Christus offenbart hat. In „De servo arbitrio“ (Vom unfreien Willen) versucht er, die Freiheit des Menschen und die Rechtfertigung allein aus Gnade zusammen zu denken. Es geht Luther darum, deutlich zu machen, dass der Mensch nichts zu seinem Heil und Glauben beitragen kann. Gott allein wirkt den Glauben, macht den Menschen heil und wirklich frei. Das „Ja“ zum Glauben ist Geschenk Gottes. Das ist das eine. Und das andere: Der Mensch steht unter der Macht der Sünde und ist zugleich dafür verantwortlich, dass er dieser ihn bestimmenden Macht in seinem Leben Raum gibt. Es ist der Mensch, der sich dem Glauben, dem „Ja“ Gottes verweigert. Dies ist für Luther Ausdruck von Unfreiheit. Der Wille des Menschen ist ein unfreier, denn im Gegenüber zu Gott wird der Mensch erst wirklich frei. Von daher ist der Mensch entweder von Gott bestimmt und damit frei, oder er ist sündiger Mensch und darin unfrei.

Für Luther bedeutet das Stehen unter der Macht der Sünde, vom Teufel „geritten“ zu sein - von daher sein Bild vom „Reittier“, das jedoch insofern „schief“ ist, als auch für Luther der Mensch mitverantwortlich ist, sich vom Teufel „reiten“ zu lassen.

Mit Luther ist festzuhalten: Gott lässt es zu, dass sich Menschen ihm verweigern. Die wirkliche Freiheit, den Glauben, das Heil kann der Mensch nicht aus sich heraus schaffen, die ist allein Gottes Handeln am Menschen. So wenig der Mensch zu seinem Heil tun kann, ist er doch für seine Taten verantwortlich. Das ist mir wichtig.

Es bleibt also beim Nachdenken, bei Auseinandersetzungen um die Frage der Allmacht Gottes und nach dem Zulassen des Leidens. Nein, bessere Antworten als Generationen vor uns haben wir nicht. Mir liegt daran, dass wir nicht versuchen, endgültige, philosophische oder logische Antworten zu finden, sondern den Mut haben, uns Gott und der Geschichte Gottes mit uns je neu anzuvertrauen, im Wissen darum, dass Gott Leben will und nicht Tod. Mir geht es um das Vertrauen Jesu: „Vater, ich befehle meinen Geist in deine Hände“ (Lk 23,46).

## **2.2 Krieg und Frieden**

Der Kampf gegen den Terror hat zum Militäreinsatz der USA gegen Afghanistan geführt. Ganz persönlich habe ich allergrößte Mühe mit diesem Vorgehen und bezweifle, dass Terrorismus auf diese Weise zu besiegen ist. Das heißt übrigens nicht, dass ich eine andere Haltung nicht respektiere! Mir ist sehr bewusst, dass ein Votum gegen den Krieg noch kein Freibrief ist nach dem Motto des Pilatus: Ich wasche meine Hände in Unschuld! Zudem habe ich hohe Achtung vor der Verantwortung des Einzelgewissens. Allerdings muss es sich auch um eine verantwortliche und reflektierte Haltung handeln vor Gott und den Menschen!

Es wird immer oft argumentiert, die Taliban seien aber doch ein menschenverachtendes Regime. Gewiss, das sind sie schon lange! Und der menschenverachtenden Diktaturen gibt es viele, die Menschenrechte werden angeblich in mehr als der Hälfte der Mitgliedsstaaten der UNO missachtet! Immer wieder wurde beispielsweise auf die katastrophale Lage von Frauen in Afghanistan hingewiesen. Diese hat sich bisher offenbar nicht wesentlich geändert, wurde doch vorgestern erst in Kabul eine Demonstration von Frauen für den Frieden verboten. Ein Garant für die Menschenrechte ist die Nordallianz offensichtlich nicht.

Meines Erachtens hätten zunächst energisch zivile Mittel zur Terrorbekämpfung eingesetzt werden müssen: Unterbinden der Geldflüsse, Beenden des Drogenhandels, Kontrolle radikaler islamischer Organisationen, Überprüfung von Wortführern, die zu gewaltsamen Aktionen aufrufen, Unterbinden des Waffenhandels und der gezielten Bewaffnung militanter Gruppen wie der Taliban, Lösung des Konfliktes in Israel und Palästina, resolute Eintreten für Gerechtigkeit, Dialog der Kulturen u.a.m. Die jetzige „Koalition gegen den Terror“ bringt viele Fragen mit sich:

- Was passiert derzeit in Grosny?  
Wie ist es bestellt um die Menschenrechte in China?  
Wer schützt die Christinnen und Christen in Pakistan, im Sudan, in Indonesien?  
Warum beteiligt sich Saudi-Arabien nicht an den Hilfslieferungen für Afghanistan?
- Die neue Rede von Heiligem Krieg, Kreuzzug, selbsternannten Gotteskriegerern ist mehr als bedenklich, sie ist Gotteslästerung.
- Wird Bin Laden getötet, ist dies sicher nicht das Ende des Terrors.  
Wie ist zu verhindern, dass er zum Märtyrer wird, der neue Terroristen gebiert?  
Und wenn er lebend gefasst wird? Wird er vor ein internationales Gericht gestellt?  
Was überhaupt ist die Rolle der UNO?
- Gibt es tatsächlich einen „clash of cultures“ (Huntington)?  
Wenn ja, wie verhindern wir, dass er zum Krieg der Religionen wird?

Ich sehe mehr Fragen als Antworten. Und ich höre kritische Stimmen, etwa des Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche am La Plata, Juan Pedro Schaad, der vor der EKD-Synode erläutert hat, dass in Lateinamerika die antiamerikanische Stimmung in diesen Tagen wächst. (Dort gibt es auch die Erinnerung an den 11. September 1973, als Salvador Allende gestürzt wurde...).

Am 25. September dieses Jahres hat der Rat der EKD unter dem Titel „Friedensethik in der Bewährung“ eine Zwischenbilanz zu den „Orientierungspunkten“ von 1994 vorgestellt<sup>10</sup>, die noch vor den Terroranschlägen erarbeitet wurde. In ihr wird unterstrichen, dass christliche Friedensethik sich am Leitbegriff des gerechten Friedens zu orientieren hat. Der Vorrang nicht-militärischer Instrumente bei der Friedenssicherung und der Ausbau von Wegen der zivilen Konfliktbearbeitung werden hervorgehoben. Der Einsatz militärischer Gewalt wird als ultima ratio angesehen.

Auf dieser Grundlage hat die Synode der EKD Anfang November die aktuelle Situation diskutiert. Ich bin dankbar, dass in ihrer Kundgebung „Friedenspolitik in der gegenwärtigen Situation“ vom 08.11.01 die Synode zunächst als gemeinsame Grundlage die Denkschrift von 1981 zitiert hat: „Frieden zu wahren, zu fördern, und zu erneuern ist das Gebot, dem jede politische Verantwortung zu folgen hat. Diesem Friedensgebot sind alle politischen Aufgaben zugeordnet. In der Zielrichtung christlicher Ethik liegt nur der Frieden, nicht der Krieg.“ Anschließend werden Grundsätze, Wahrnehmung und Zweifel formuliert, die allerdings zu unterschiedlichen Konsequenzen führen: „Die einen halten die erkennbaren Schadensfolgen des militärischen

---

<sup>10</sup> Vgl. Schritte auf dem Weg des Friedens, 3., um eine Aktualisierung ergänzte Auflage 2001, EKD, Hannover.

Vorgehens und die darüber hinaus verbleibenden Zweifel für so gewichtig, dass sie den eingeschlagenen Weg und seine Fortsetzung entschieden ablehnen. ... Andere wiederum halten dieses militärische Vorgehen trotz aller Bedenken für vertretbar.“ Gemeinsam wird jedoch erklärt: „Die in dieser Sache notwendige Gewissensentscheidung kann niemandem abgenommen werden. Die Freiheit, sie zu treffen, muss für den Einzelnen gewahrt sein. Wie auch immer der Einzelne sich entscheidet, es werden schwer belastende Fragen offen bleiben. Im Gebet für einen gerechten Frieden bringen wir sie vor Gott.“

Dass wenige Tage danach die Gewissensfreiheit in dieser Frage im Deutschen Bundestag mit der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers verknüpft wurde, halte ich für unglücklich, denn es widerspricht jenem Grundsatz evangelischer Ethik, den die EKD-Synode formuliert hat. Auf Seiten von Regierung und Opposition wurde so die Frage der Entsendung deutscher Soldaten Richtung Afghanistan in den Hintergrund gestellt, zu Gunsten einer Abstimmung über die Fortführung der derzeitigen Bundesregierung. Die Langzeitfolgen für das politische Klima und die Frage der Politikverdrossenheit sind meines Erachtens noch gar nicht abzusehen.

In Amsterdam 1948 haben die christlichen Kirchen auf der ersten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen erklärt: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ Seitdem gab es für unsere Welt 30 Tage ohne Krieg! Ich will aber dennoch die Hoffnung nicht aufgeben, dass Menschen zum Frieden fähig sind. Die Hoffnung, dass eines Tages Menschen Pflugscharen aus ihren Schwertern schmieden werden und niemand mehr übt für den Krieg (Micha 4,3f.). Nehmen wir deshalb die Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt ernst. Werden wir zu Friedensstifterinnen und Friedensstiftern! Das bleibt unsere Aufgabe, unsere Hoffnung, unser Weg der Nachfolge. Auf der Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung in Seoul 1990 wurde formuliert:

„Wir verpflichten uns, unsere persönlichen Beziehungen gewaltfrei zu gestalten. Wir werden darauf hinarbeiten, auf den Krieg als legales Mittel zur Lösung von Konflikten zu verzichten. Wir verlangen von den Regierungen, dass sie eine internationale Rechtsordnung schaffen, die der Verwirklichung des Friedens dient.“<sup>11</sup>

Zu diesem Frieden gehört ganz gewiss auch der Dialog der Religionen. Hier liegt mir an Klarheit und Ehrlichkeit, in der auch Irritierendes, Fremdes thematisiert werden kann. Wahrscheinlich haben wir diesen Dialog zu lange einzelnen Interessierten und Experten überlassen. Es wird darum gehen, auch die Begegnung im Alltag zu suchen. Voraussetzung dafür ist aber, dass wir unsere eigene Religion, unseren eige-

---

<sup>11</sup> Die Zeit ist da. Schlußdokumente und andere Texte Seoul 1990, Genf 1990. S. 22.

nen Glauben kennen. Dass wir nicht verleugnen, wer wir sind. Jemand schreibt im Internetforum unserer Landeskirche: „Möge der, welcher unser Vater für die Christen, Jahwe für die Juden, Allah für die Mohammedaner, Buddha für die Buddhisten, Brahma für die Hindus, möge dieses allwissende Wesen ... den Menschen Frieden geben und unsere Herzen vereinen.“ Das ist ein im besten Sinne frommer Wunsch nach Frieden zwischen den Religionen und gerade in diesen Tagen verständlich. Aber er birgt die Gefahr der Religionsvermischung, die das Eigene nicht mehr kennt. Ich muss sagen können, dass für mich Christus der Weg, die Wahrheit und das Leben ist und eben nicht Allah. Dann wird es interessant sein, zu erfahren, wie und was der oder die andere glaubt. Ich werde dafür eintreten, dass Menschen in Deutschland Glaubensfreiheit genießen. Aber ich werde auch formulieren, dass ich eben diese Glaubensfreiheit für Christinnen und Christen in Pakistan, Afghanistan, dem Sudan und Indonesien fordere. Nur so entsteht ein ehrlicher Dialog in Respekt voreinander.

Hilfreich scheint mir für den christlich-islamischen Dialog die Handreichung des Rates der EKD „Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland“ aus dem Jahr 2000. Gerade auch mit Blick auf den Wunsch nach gemeinsamen Gebeten gibt es hier wichtige Anregungen wie die Unterscheidung zwischen multireligiösem und interreligiösem Gebet. Dort heißt es u.a.: „Die Unterschiede im Gebetsverständnis, die mit dem unterschiedlichen Gottes- und Menschenverständnis begründet sind, können nicht übergangen, sondern müssen respektiert werden. Weil diese Unterschiede nicht verwischt werden dürfen, haben wir uns zu bescheiden und die Grenzen zu akzeptieren, die es uns verwehren, uns im gemeinsamen Gebet mit Muslimen vor Gott zu vereinen. Doch können wir im Sinne menschlicher Verbundenheit in einer multireligiösen Situation mit innerer Anteilnahme gleichsam nebeneinander beten;...“<sup>12</sup>. Dies möchte ich den Gemeinden nahe legen!

### 3. AUS DER LANDESKIRCHE

Liebe Mitglieder der Synode,  
aus der Landeskirche wäre vieles seit Mai 2001 zu berichten.

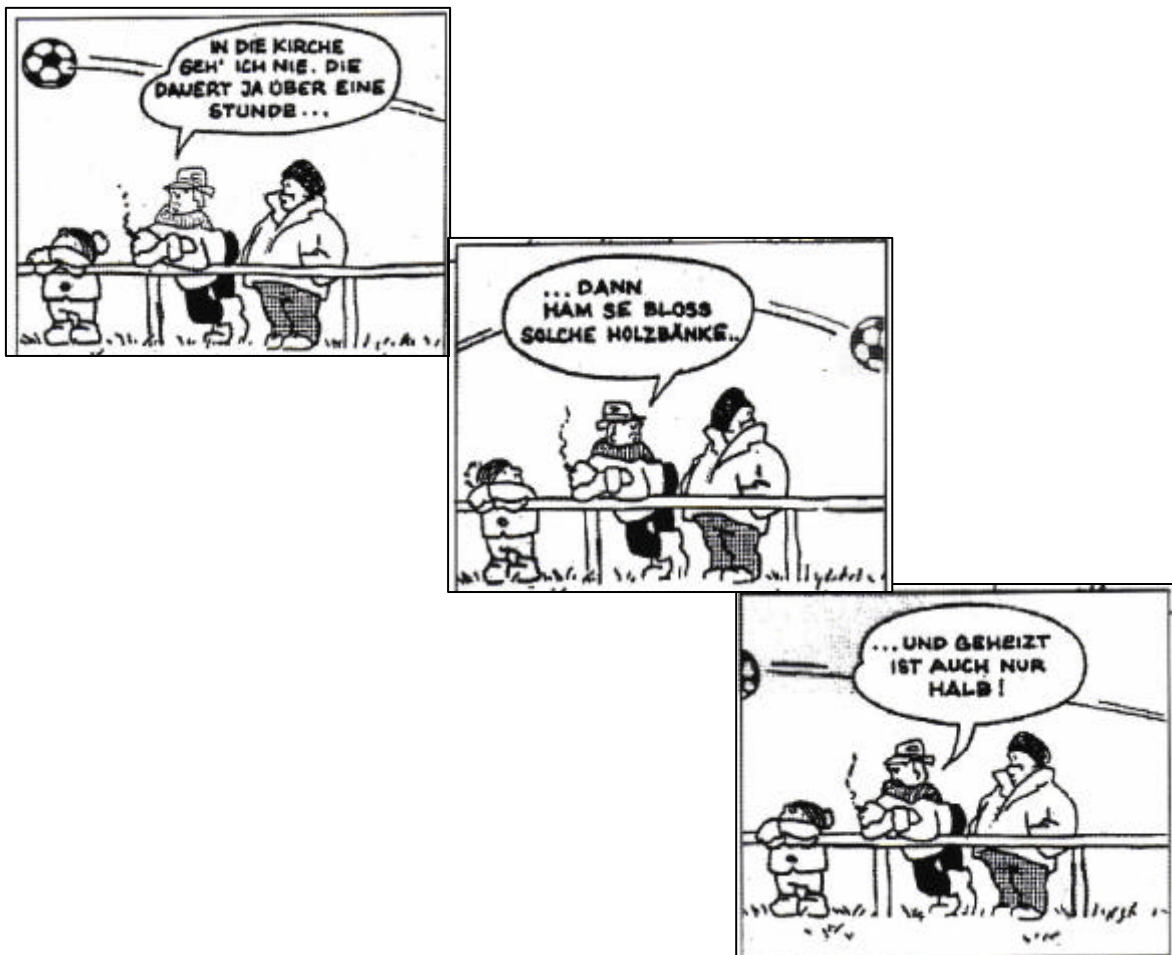
- Beispielsweise sind an vielen Orten die Diskussionen zu den Schwerpunktthemen, die ich im Maibericht genannt hatte: - **Gentechnologie und aktive Sterbehilfe** – fortgeführt und vertieft worden. Erst am vergangenen Samstag habe ich hierüber auf einer Konferenz mit Medizinjournalisten diskutiert.

---

<sup>12</sup> Zusammenleben mit Muslimen, Gütersloh 200, S. 44.

- Unser **Netzwerk Mirjam** ist aktiv und die Frage von Babykörbchen (der Begriff scheint erfreulicherweise an Boden zu gewinnen gegenüber „Babyklappe“!) sowie anonymer Geburt werden intensiv erörtert, u.a. vom Juristinnenbund und vom Ärztinnenbund.
- Die ökumenische **Dekade zur Überwindung von Gewalt** trägt gute Früchte. Das Amt für Gemeindedienst hat beispielsweise einen Liturgieentwurf für Buß- und Betttagsgottesdienste erarbeitet, der vielerorts dankbar aufgenommen wurde.
- Das Projekt „**Ehen stärken**“ hat inzwischen Zuwachs bekommen durch das Projekt „Ehen stiften und stärken“ an der Heimvolkshochschule in Hermannsburg.
- Der **Leitbildprozess** im Landeskirchenamt wurde fortgeführt.
- Wiederum – wie im Mai berichtet -gab es einen **Castor-Transport** ins Wendland und wiederum haben unsere Pastorinnen und Pastoren versucht, de-eskalierend zu wirken.

Doch, unsere Kirche ist quicklebendig, auch wenn andere merkwürdige und widersprüchliche Vorurteile tradieren:



Auf vier Ereignisse bzw. Themen will ich abschließend eingehen:

### **3.1 EXPO-Nacharbeit**

Am 18. August 2001 konnten wir den Christus-Pavillon in Volkenroda in Thüringen neu einweihen. Anwesend waren die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Thüringen, Gabriel und Vogel, Bischof Homeyer, Bischof Warncke, Bischof Hofmann und zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft, die den Pavillon unterstützt haben sowie viele Menschen aus Hannover und vor allem Volkenroda und Umgebung.

Präsident von Vietinghoff und ich haben den Grundstein in einem offiziellen Akt im Gottesdienst der Jesus-Bruderschaft überreicht. Nach meinem Eindruck fügt sich der Pavillon sehr gut ein in das Ensemble in Volkenroda - da hatte Bischof Hirschler einfach eine großartige Weitsicht! Ich bin überzeugt, dass der Pavillon dort zum Segen wirkt. Ein Pilgerweg ist bereits eingerichtet von Loccum nach Volkenroda, und ich hoffe, dass wir auf diese Weise, aber nicht nur auf diese Weise, die Bande zwischen unserer Landeskirche und Volkenroda stärken. So sehr wir den Christus-Pavillon sicher in Hannover vermissen, so sehr hat sich doch die Nachhaltigkeit des Bauens in Zusammenarbeit mit der Stahlindustrie und anderen bewährt.

Das Gleiche gilt für das Kreuz des Christus-Pavillons. Wir haben es am 23. Oktober 2001 auf dem Mühlenberg wieder eingeweiht. Wer Zeit hat, es sich anzuschauen, wird den Eindruck nicht verwehren können, dass es aussieht, als sei das Kreuz für diesen Ort geschaffen. Wenn es abends leuchtet, wird es zum Zentrum des Platzes, auch ein Zeichen für die ökumenische Zusammenarbeit in diesem ökumenischen Zentrum. Ich möchte an dieser Stelle allen danken, die sich so engagiert für die Umsetzung beider Projekte eingesetzt haben, dies war ja nicht zuletzt auch ein finanzieller Kraftakt. Wie so oft hat sich vor allem die Unterstützung der Klosterkammer, insbesondere von Frau Präsidentin Jansen bewährt.

Schließlich lebt die EXPO fort in dem Projekt „Global Partnership“. Hier sollen vor allem die mehr als 750 Projekte in aller Welt in einem Netzwerk erhalten werden. So wird es heute Abend in der Marktkirche ein Konzert geben zu Gunsten des Projektes „Friedenshaus Kabul“.

Und ich hoffe ich sehr, dass die Erfahrungen der EXPO auf dem Gebiet neuer Gottesdienstformen und neuer Musik im Gottesdienst in dem für Hildesheim geplanten Institut für viele nachhaltig fruchtbar gemacht werden...



## **3.2 Tag des Ehrenamtes**

Nur eine Woche später, am 25.08.2001, haben wir in der Preussag-Arena den Tag des Ehrenamtes gefeiert, der zu Beginn der Synode ja schon erwähnt wurde. Die Idee dazu entstand im Zusammenhang mit dem Internationalen Jahr der Freiwilligendienste. Mehr als 100.000 Menschen in unserer Landeskirche sind ehrenamtlich tätig, deshalb dachte ich, es sei ein schöner symbolischer Akt, sie einzuladen. Ein Akt der Anerkennung, des Dankes und auch der öffentlichen Wahrnehmung, dass gerade auch unsere evangelische Kirche von den Ehrenamtlichen lebt.

Gerechnet hatte ich selbst mit 2000 – 3000 Menschen, es kamen 8000. An dieser Stelle danke ich besonders den Verantwortlichen für die Finanzen, die nicht gebremst sondern ermutigt haben nach dem Motto: Gieß Wasser zur Suppe, heiß alle willkommen. Und es war ein wunderbares Erlebnis in der Preussag-Arena, am wohl heißesten Tag des Jahres! Von der Bibelarbeit der Laien in unterschiedlichen Positionen unserer Kirche, über die Theatergruppe, die kleine Scharade mit Ministerpräsident Gabriel, das Mittagsprogramm bis zum feierlichen Abendmahlsgottesdienst ein gelungener Tag. Ein Tag der Ermutigung für alle Anwesenden, aber auch für viele, die nicht anwesend sein konnten. Das Video, das über den Tag erstellt wurde, spiegelt etwas von der Stimmung, von dem Einander-Wahrnehmen und -Anerkennen. Die „Kultur der Anerkennung“, die immer wieder gefordert wird, sie wurde hier spürbar. Dabei ist das Thema Ehrenamt mit diesem Jahr ganz gewiss nicht abgehakt. Ich denke aber, unsere Landeskirche hat mit der Verfassungsänderung in der Mai-Synode und dem Tag des Ehrenamtes einen deutlichen Akzent gesetzt. Ich hoffe, dass dieser Akzent ausstrahlt in unserer Landeskirche insgesamt und danke allen, die diesen Tag in Vorbereitung und Durchführung zu einem solchen Erfolg gemacht haben.

## **3.3 Homosexualität**

Der Runde Tisch zum Thema Homosexualität, den ich im Synodenbericht vor einem Jahr vorgeschlagen habe, hat seine Arbeit aufgenommen. Im August fand das erste Treffen statt. Herr Vizepräsident Kampermann hat dankenswerterweise den Vorsitz übernommen. Der Runde Tisch tagt nicht öffentlich, die Sitzungen sind vertraulich, damit alle die Freiheit haben, ihre Position darzulegen. Nach ca. 1 ½ Jahren wird der Runde Tisch dem Senat Bericht erstatten. Ich hoffe sehr, dass in der Frage des Bibelverständnisses und der Hermeneutik Gemeinsames berichtet werden kann.

Zum 1. August 2001 trat das sogenannte Lebenspartnerschaftsgesetz in Kraft. Homosexuelle Paare können ihre Lebenspartnerschaft registrieren lassen und übernehmen damit bestimmte Pflichten, erhalten bestimmte Rechte. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat erklärt, dass sie grundsätzlich die Eintragung einer solchen Lebenspartnerschaft befürwortet, da sie Verlässlichkeit und Dauer stärkt. Gleichzeitig hält die EKD eine mögliche Verwechselbarkeit mit der Ehe für hochproblematisch.

Im Zusammenhang mit der Eintragung wird nun immer wieder gefragt, ob eine Segnung homosexueller Paare als kirchlicher Akt nicht möglich sein müsste. Dies hat auch eine Arbeitsgruppe der VELKD diskutiert. Sie ist zu dem Schluss gekommen:

„Die Kirchenleitung stellt fest, dass die Bedeutung der Ehe und der Trauung es nicht zulässt, den Eintritt in eine gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft mit einer öffentlichen gottesdienstlichen Handlung zu begleiten, die mit einer kirchlichen Trauung verwechselt werden könnte.“ Gleichzeitig wird erklärt: „Die in diesen Fragen offenkundigen Differenzen sieht die Kirchenleitung nicht als kirchentrennend an.“

Ich selbst bin der Meinung, dass wir bei uns die Frage der Segnung erst wieder diskutieren sollten, wenn die Ergebnisse des Runden Tisches vorliegen. Allerdings haben wir im Bischofsrat, gemeinsam mit Herrn Präsidenten von Vietinghoff, Herrn Vizepräsidenten Kampermann und Herrn Oberlandeskirchenrat Berger, bei unserer Klausur in Bursfelde besprochen, dass eine Fürbitt-Andacht in der Zwischenzeit als Form denkbar ist. Eine solche Andacht mit Lied, Psalm, Gebet, Schriftlesung, Ansprache, Fürbitte und Segen für die Anwesenden – wie wir sie ja bei vielen Gelegenheiten gestalten! - wird nicht verwechselbar sein mit einer Trauzeremonie und auch keine neue Kasualie schaffen, aber doch Fürbitte gewähren und ermöglichen. Der Bischofsrat hat sich darauf verständigt, dass eine solche Andacht, wenn die Partnerschaft beim Standesamt eingetragen ist, in der Kirche stattfinden kann. Pastorinnen und Pastoren sind in jedem Fall gebeten, bei entsprechenden Anfragen mit dem Landessuperintendenten oder der Landessuperintendentin Rücksprache zu halten. Ich danke den Beteiligten für die offenen und konstruktiven Beratungen.

Nach § 51 des VELKD-Pfarrergesetzes ist es für Pastorinnen und Pastoren nicht möglich, in einer homosexuellen Partnerschaft zu leben. Diese Interpretation des Paragraphen, die bislang unumstritten war, wurde auf der letzten VELKD-Bischofskonferenz angefragt. Sie wird nun vom Rechtsausschuss der VELKD-Kirchenleitung überprüft. Bis auf weiteres gilt aber: Ohne Änderung des Pfarrergesetzes ist eine eingetragene Lebenspartnerschaft für Pastorinnen und Pastoren nicht möglich. Ob eine solche Änderung kommen muss, ist derzeit umstritten. Andere Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Kirche aber können ihre Lebenspartnerschaft selbstverständlich eintragen lassen.

### **3.4 Adventskampagne**

Schon in meinem Bericht als Ratsvorsitzende vor der Konföderationssynode hatte ich angekündigt, dass ich gern eine Kampagne gegen die Vorverlegung des Advent in den Oktober starten würde. Als Hannoversche Landeskirche haben wir einfach damit begonnen. Bereits im März wurden Gespräche mit dem Oberbürgermeister der Stadt Hannover geführt, im Juni Gespräche mit den Schaustellerverbänden Niedersachsens, den Vertretern des Deutschen Städtetages in Niedersachsen, Vertretern des Einzelhandelsverbandes und anderen. Im August fand ein Gespräch mit Präses Kock in Düsseldorf mit den Vertretern der großen Kaufhausketten und Versandhäuser statt.

In all diesen Gesprächen wurde deutlich, dass die Vorverlegung des Advent eine Art „circulus vitiosus“ ist. Weil die Kaufhäuser mit ihren Weihnachtsmärkten zu früh beginnen, sind die Schaustellerverbände im Zugzwang, muss der Einzelhandel folgen etc. p.p.! Alles in allem wird aber immer wieder betont: Es sind die Konsumentinnen und Konsumenten, die den frühen Beginn der Adventszeit verlangen.

Also haben wir eine Kampagne kreiert unter dem Motto: „Alles hat seine Zeit - Advent ist im Dezember.“ Sie hatte ihren Auftakt am Reformationstag. Die Hälfte aller Superintendenturen hat Material angefordert, insgesamt mehr als 60.000 Flyer, Plakate und Booklets wurden verschickt. Ich habe den Eindruck, die Kampagne hat viele nachdenklich gemacht mit Blick auf die Bedeutung von und die eigene Haltung zum Advent. Sie hat einige Effekte gezeitigt, etwa, dass kein einziger Adventsmarkt in Hannovers Straßen vor dem Ewigkeitssonntag eröffnet wurde. Einen letzten Höhepunkt hatte sie am vergangenen Donnerstag, als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Landeskirchenamt mit Sandwich-Plakaten mit mir durch die Innenstadt gegangen sind und trotz strömenden Regens fröhlich für unsere Sache geworben haben. Eine Neubesinnung auf den Advent – für viele hat die Kampagne hierzu sicher Gelegenheit gegeben.

Herr Präsident, hohe Synode,

ein spannendes Jahr voller Herausforderungen für unsere Kirche liegt hinter uns. Ich denke, an vielen Stellen ist deutlich geworden: unsere Kirche steht mitten im Leben. Die Botschaft des Evangeliums ist relevant für unsere Zeit und Welt! Ich möchte allen herzlich danken, die unsere Kirche insgesamt, aber auch mich persönlich dabei unterstützt haben, diese Relevanz immer wieder aufzuzeigen und einzubringen.

Vor allen Dingen bedanke ich mich heute bei dieser Synode. Diese 22. Landessynode werde ich ganz gewiss nicht vergessen, war es doch „meine Wahlsynode.“ Jene Tage im Juni 1999 sind entscheidender Teil meiner Biographie. Ich habe doch erst im Laufe der ersten Amtsjahre verstanden, wie groß die Aufgabe und die Verantwortung ist, die sie mir damals übertragen haben. Aber es hat sich – bisher! - auch die Redewendung meiner Großmutter bewährt: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch die Kraft, es auszufüllen.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die mir damals, als in Hannover völlig unbekannter Frau, ein so großes Vertrauen entgegengebracht haben. Ich möchte mich auch bei denen bedanken, die mich nicht gewählt haben und dennoch nach der Wahl deutlich gemacht haben: Sie ist auch unsere Landesbischöfin. Den kleinen Dank möchte ich ausdrücken mit einer Urkunde, die wir für jeden und jede von Ihnen ausgestellt haben. Die erste Urkunde überreiche ich jetzt symbolisch, im Anschluss an meinen Bericht, dem Präsidenten der Synode. Nach der Pause, die folgt, werden Sie Ihre Urkunde auf Ihrem Platz finden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.